



# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

11/2015 13.03.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu ab März 2015:

## Umweltrecht

Grundriss für Studium und Praxis

*Andreas Hauer / Michael Mayrhofer (Hg)*

Der Grundriss Umweltrecht ist als Lehr- und Studienunterlage zu den Lehrveranstaltungen des Studienschwerpunktes Umweltrecht im Diplomstudium der Rechtswissenschaften an der JKU Linz entwickelt worden und deckt mittlerweile die überwiegende Zahl dessen Lehrveranstaltungen ab, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Er setzt Schwerpunkte auf den Gebieten des Umweltvölker- und -europarechts, des Anlagenrechts, des Abfallrechts, des Straßeninfrastrukturrechts, des Umweltstrafrechts und einige mehr. Als ein Novum in der umweltrechtlichen Literatur zeichnen den Band zwei Beiträge zu nicht-juristischen Grundlagen des Umweltrechts aus, nämlich zu Fragen der Umweltökonomie und der Umwelttechnik.

Aus dem Inhalt: Umweltvölkerrecht, Umweltunionsrecht, Umweltverfassungsrecht, Allgemeines Umweltrecht, Umweltorganisationsrecht, Besonderes Umweltrecht, Ausgewählte Schwerpunkte, Umweltstrafrecht, Grundzüge der Umweltökonomie, Grundlagen der Umwelttechnik.

Autoren: Hon.-Prof. RA Dr. Wilhelm Bergthaler, assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Hackl, Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer, Univ.-Lektorin Dr. Simone Hauser BEd, assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Ass.-Prof. Dr. Ingrid Mitgutsch und o.Univ.-Prof. Dr. Wolfgang M. Samhaber, alle Johannes Kepler Universität Linz.

78 Euro, XLII und 675 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Jänner 2015, ISBN 978-3-902883-21-6

Zu beziehen ua. über [www.pedell.at](http://www.pedell.at).

---

## I. Bundesgesetzblatt

### BGBI I 36/2015

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien über das Inkrafttreten der **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG** zwischen dem Bund und den Ländern über die **Förderung von Bildungsmaßnahmen** im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2015 bis 2017 zwischen dem Bund und den Ländern Burgenland, Tirol und Wien

#### [BGBl II 45/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Verordnung über die Erreichbarkeit von Studienorten** nach dem Studienförderungsgesetz 1992 geändert wird

#### [BGBl II 47/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zur Festlegung der Hochschul-Qualitätssicherungsagenturen (**Hochschul-Qualitätssicherungsagenturenverordnung 2015**)

#### [BGBl II 48/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung und Frauen über die Pflicht zur Mitwirkung an Erhebungen durch das BIFIE (**5. BIFIE-Erhebungsverordnung**)

#### [BGBl III 33/2015](#)

Verlängerung des Abkommens zwischen der Regierung der **Republik Österreich** vertreten durch die Bundesministerin für Finanzen und der Regierung der **Republik Kosovo** vertreten durch den Minister für Finanzen über die **finanzielle Kooperation**

#### [BGBl III 35/2015](#)

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien betreffend die Änderung der Erklärung der Republik Österreich nach Artikel 24 Absatz 1 des Übereinkommens – gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union vom Rat erstellt – über die **Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

## II. Amtsblatt der EU

#### [ABl L 64 v 07.03.2015, 6](#)

Verordnung (EU) 2015/373 des Rates vom 5. März 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 2533/98 über die **Erfassung statistischer Daten** durch die **Europäische Zentralbank**

#### [ABl L 67 v 12.03.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/402 der Kommission vom 11. März 2015 über die **Nichtzulassung** bestimmter anderer **gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel** als Angaben über die **Reduzierung eines Krankheitsrisikos** sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern

## III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

### A. Verfassungsgerichtshof

#### 19.02.2015, [E 1045/2014](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Zurückverweisung der Sache hinsichtlich der Rückkehrentscheidung mangels Auseinandersetzung mit der Verfolgung des Bf wegen Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe der Familie

#### 23.02.2015, [G 171/2014 ua](#)

**FremdenpolizeiG**; kein Verstoß einer Regelung des FremdenpolizeiG 2005 über die Feststellung der Duldung des Aufenthalts von Fremden gegen das Rechtsstaatsprinzip und den Gleichheitsgrundsatz; ex lege-Eintritt einer Duldung mit

Vorliegen der tatsächlichen Unmöglichkeit einer Abschiebung; Antragsrecht eines Fremden auf Ausstellung einer Karte für Geduldete; Eintritt der Duldung als Tatbestandsmerkmal für die Ausstellung der Karte im Rechtsmittelweg überprüfbar

27.02.2015, [V 123/2014 ua](#)

**Oö RaumordnungsgG**; teilweise Aufhebung des **Flächenwidmungsplans** der Stadtgemeinde Ansfelden hinsichtlich der Umwidmung von als Wohngebiet ausgewiesenen Flächen in Grünland wegen Widerspruchs zu den Festlegungen im örtlichen Entwicklungskonzept; Aufhebung des **Bebauungsplans** wegen Widerspruchs zum Flächenwidmungsplan

27.02.2015, [V 125/2014](#)

**Tir RaumordnungsgG**; Abweisung des – zulässigen – Individualantrags auf Aufhebung einer Freilandwidmung im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Leutasch; kein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Änderung der zuvor bereits bestehenden Flächenwidmung; keine Gesetzeswidrigkeit und keine Unsachlichkeit der Widmung angesichts der ökologischen Besonderheit des Grundstücks als Biotop „Pfeifengraswiese“

03.03.2015, [G 47/2015](#)

**VfGG**; **StPO**; Zurückweisung eines **Parteienantrags auf Aufhebung von Bestimmungen der StPO** mangels Legitimation; Anklageschrift keine Entscheidung eines ordentlichen Gerichts in einer Rechtssache in erster Instanz

## B. Verwaltungsgerichtshof

25.09.2014, [2012/07/0214](#)

**AbfallwirtschaftsgG**; auch das **Errichten einer Behandlungsanlage** (und nicht nur deren Vollendung) fällt unter das Tatbild des § 79 Abs 1 Z 9 erster Fall iVm § 37 Abs 1 AbfallwirtschaftsgG; es bedarf somit keiner Ermittlung „zur Vollendung der Errichtung“ durch die Behörde; ausschlaggebend für die Gewerbsmäßigkeit einer **Tätigkeit als Abfallsammler oder Abfallbehandler** ist die Absicht, sich durch eine wiederkehrende derartige Tätigkeit eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen; eine solche Absicht kann auch bei einem Betreiber mehrerer Abfallsammlungs- oder Abfallbehandlungsanlagen angenommen werden

20.11.2014, [Ro 2014/07/0097](#)

**VwGVG**; hat das VwG den erstbehördlichen Bescheid gem § 28 Abs 3 VwGVG aufgehoben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheids an die Behörde zurückverwiesen, so kann ein solcher Beschluss eine Rechtsverletzung nur dadurch bewirken, dass das VwG entweder von der Regelung des **§ 28 Abs 3 VwGVG** zu Unrecht Gebrauch gemacht und **keine Sachentscheidung** getroffen hat, oder von einer für die betroffene Partei nachteiligen, jedoch für das weitere Verfahren bindenden unrichtigen Rechtsansicht ausgegangen ist

28.11.2014, [Ra 2014/06/0021](#)

**Tir BauO**; das **Privileg des § 62 Abs 13 Tir BauO** hinsichtlich der lagemäßigen Abweichung eines Gebäudes von der Baubewilligung kommt nur bei Gebäuden in Frage, für die die Baubewilligung nach den baurechtlichen Vorschriften vor der Novelle LGBl 10/1989 zur seinerzeitigen Tir BauO erteilt worden ist

28.11.2014, [Ra 2014/06/0028](#)

**VwGG**; **Sbg BaupolizeiG**; der Frage, ob das dauerhafte Aufstellen eines Großbildschirms auf dem Flachdach einer Tiefgarage als bewilligungspflichtige Anbringung einer Werbeanlage iSd § 2 Abs 1 Z 3 Sbg BaupolizeiG zu verstehen ist, kommt über den **konkreten Einzelfall** hinaus keine Bedeutung zu, weil sie nur die konkrete technische Art der Anbringung betrifft; die Revision war daher zurückzuweisen

28.11.2014, [Ra 2014/06/0040](#)

**Ktn BauO**; ein Alternativauftrag zur Einbringung eines **nachträglichen Bauansuchens** ist nicht erforderlich, wenn der Flächenwidmungsplan der Bewilligung des bestehenden Zustands widerspricht

17.12.2014, [Ro 2014/06/0066](#)

**Tir Raumordnungsg**; eine Feststellung gem § 17 Abs 3 Tir Raumordnungsg, dass der Wohnsitz als **Freizeitwohnsitz** verwendet werden darf, setzt den Nachweis voraus, dass der Wohnsitz bereits am 31.12.1993 als Freizeitwohnsitz iSd § 13 Abs 1 erster Satz leg cit verwendet worden ist; dieser Nachweis ist durch Beweismittel iSd § 46 AVG, insb durch Urkunden, zu erbringen; die bloße Glaubhaftmachung reicht nicht

30.01.2015, [Ra 2014/17/0041](#)

**VwGG**; solange zu einer Rechtsfrage eine **Rsp des VwGH nicht vorliegt**, handelt es sich um eine Rechtsfrage, der regelmäßig grundsätzliche Bedeutung zukommt, unabhängig davon, ob einer Partei in diesem Zusammenhang bereits eine Rechtsmittellegitimation zukam oder nicht; nach dem eindeutigen Wortlaut des Art 133 Abs 4 B-VG und den Bestimmungen und der Systematik des VwGG soll gewährleistet sein, dass der VwGH in die Lage versetzt wird, zu überprüfen, ob **Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung** iSd Art 133 Abs 4 B-VG im Einzelfall rechtsrichtig gelöst wurden

## C. Verwaltungsgerichte

LVwG Oö 18.02.2015, [LVwG-150169](#)

**Oö BauO**; auf Grund der Geschlossenheit des Rechtsquellenkatalogs ist die Zustimmung bzw das Verstreichenlassen der Frist im **Bauanzeigeverfahren** nicht als behördliche Willenserklärung mit einer auf Rechtsgestaltung gerichteten Absicht anzusehen und stellt daher insb keinen nach außen wirksamen, mit Rechtskrafftähigkeit ausgestatteten Verwaltungsakt dar; die Anzeigenden können sich daher nach dem Verstreichen der Frist nicht auf das Vorliegen eines rechtskräftigen Baukonsenses stützen; eine Bauanzeige ist als eine „dem Gesetz entsprechende Anzeige“ zu deuten; im baupolizeilichen Verfahren ist somit zu klären, ob die Anzeige den in § 25a Oö BauO genannten Anforderungen entspricht

LVwG Oö 18.02.2015, [LVwG-150169](#)

**SicherheitspolizeiG**; in Abgrenzung zu einer bloß schlicht hoheitlichen Tätigkeit ist unter einer **Amtshandlung bzw einem Einschreiten iSd § 31 SicherheitspolizeiG** ein außenwirksames, unmittelbar gegenüber einer Person oder einer Personengruppe gerichtetes Handeln von Exekutivorganen zu verstehen; der Rechtsanspruch auf Bekanntgabe der Dienstnummer endet nicht unmittelbar mit der Beendigung der Amtshandlung, sondern beinhaltet auch eine – allerdings kurze – Überlegungsfrist, innerhalb der sich der Betroffene entscheiden muss, ob er seinen Anspruch geltend machen will

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 17.11.2014, [LVwG-AB-14-0656](#)

**RechtsanwaltsO**; es liegt kein geeigneter Umstellungsgrund iSd § 45 RechtsanwaltsO vor, wenn der Verfahrenshilfebefohlene die subjektive **Befangenheit des Verfahrenshelfers** herbeigeführt hat

LVwG NÖ 20.11.2014, [LVwG-AB-14-0511](#)

**AbfallverzeichnisVO**; der AbfallverzeichnisVO kann nicht entnommen werden, dass eine ursprünglich gewählte **Zuordnung einer Abfallart bzw eines Abfallgemisches** nach sachverständiger Beurteilung nicht geändert werden könnte, wenn sich aufgrund des Gutachtens herausstellt, dass eine andere Zuordnung an Hand der Kriterien des Anhangs 5 der AbfallverzeichnisVO konkreter wäre; es ist wesentlich, dass der Amtssachverständige für bestimmte vom Feststellungsantrag umfasste Abfallarten aufgrund ihrer Abtrennbarkeit und ihrer mengenmäßigen Erfassbarkeit eine Änderung der bisherigen Zuordnung aus fachlicher Sicht schlüssig und nachvollziehbar befürwortet

LVwG Vbg 05.03.2015, [LVwG-461-003/R6-2014](#)

**AlltlastensanierungsG**; das **Befördern von Abfällen außerhalb des Bundesgebiets** ist auch dann alltlastenbeitragspflichtig, wenn dieser Tätigkeit ein oder mehrere Behandlungsverfahren vorgeschaltet sind, um die jeweilige beitragspflicht-

tige Tätigkeit zu ermöglichen; es muss daher zwangsläufig einen **Beitragsschuldner** geben; § 4 Z 2 leg cit ist durch Analogie so auszulegen, dass ein Beitragsschuldner auch derjenige ist, der eine Tätigkeit iSd § 3 Abs 1 Z 4 leg cit durchführt

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

#### [11.03.2015, verb Rs C-464/13 und C-465/13, Oberto](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Satzung der Europäischen Schulen – **Zuständigkeit der Beschwerdekammer** der Europäischen Schulen für die Entscheidung über einen **befristeten Arbeitsvertrag** zwischen einer **Europäischen Schule** und einem nicht durch einen **Mitgliedstaat zugewiesenen oder abgeordneten Lehrer**

#### [11.03.2015, Rs C-628/13, Lafonta](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Richtlinie 2003/6/EG – Art 1 Nr 1 – Richtlinie 2003/124/EG – Art 1 Abs 1 – **Insider-Information** – Begriff ‚präzise Information‘ – **Potenzielle Wirkung auf die Kurse** von Finanzinstrumenten in einer bestimmten Richtung

#### [12.03.2015, Rs C-577/13, Actavis Group PTC und Actavis UK](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 – Ergänzendes Schutzzertifikat – Voraussetzungen für die **Erlangung des Zertifikats** – Arzneimittel, die teilweise oder insgesamt denselben Wirkstoff enthalten – **Sukzessives Inverkehrbringen** – Kombination von Wirkstoffen – Vorheriges Inverkehrbringen eines Wirkstoffs in Form eines Monopräparats – Voraussetzungen für die Erlangung mehrerer Zertifikate auf der Grundlage ein und desselben Patents – Änderung der Wirkstoffe eines Grundpatents

#### [12.03.2015, Rs C-594/13, «go fair» Zeitarbeit](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst g – **Steuerbefreiung** für eng mit der **Sozialfürsorge** und der sozialen Sicherheit verbundene Dienstleistungen – Begriff ‚als **Einrichtungen mit sozialem Charakter** anerkannte Einrichtungen‘ – **Zeitarbeitsunternehmen** – Gestellung von qualifizierten Pflegekräften – Ausschluss von der Steuerbefreiung

### B. Schlussanträge

#### [10.03.2015, C-593/13, Rina Services ua \(GA Cruz Villalón\)](#)

Art 49 AEUV, 51 AEUV, 52 AEUV und 56 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Freier **Dienstleistungsverkehr** – **Beteiligung an der Ausübung öffentlicher Gewalt** – Richtlinie 2006/123/EG – Art 14 – Art 16 – Gesellschaften, die beauftragt sind, die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen durch Unternehmen, die öffentliche Bauaufträge ausführen, zu zertifizieren – Nationale Vorschrift, nach der solche Gesellschaften ihren **satzungsmäßigen Sitz im Inland** haben müssen – Öffentliche Ordnung und öffentliche Sicherheit

#### [12.03.2015, Rs C-497/12, Gullotta und Farmacia di Gullotta Davide & C \(GA Wahl\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Zuständigkeit des Gerichtshofs** – Zulässigkeit der Fragen – Ausgangsverfahren, dessen Sachverhaltelemente nicht über die Grenzen eines Mitgliedstaats hinausweisen – **Anwendungsbereich der Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Niederlassungsfreiheit – Öffentliche Gesundheit – **Parapharmazeutische Verkaufsstellen**

#### [12.03.2015, Rs C-20/14, BGW Beratungs-Gesellschaft Wirtschaft \(GA Mengozzi\)](#)

Rechtsangleichung – Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Art 4 Abs 1 Buchst b – Weitere **Eintragungshindernisse** oder Ungültigkeitsgründe – **Jüngere Marke**, die aus einer den **Wortbestandteil** der **älteren Marke** wiedergebenden Buchsta-

benfolge und einer **Kombination von Wörtern** zusammengesetzt ist, deren Anfangsbuchstaben die Buchstabenfolge aufnehmen – Verwechslungsgefahr – Beurteilungskriterien

#### [12.03.2015, Rs C-81/14, Nannoka Vulcanus Industries \(GA Kokott\)](#)

Umwelt – **Luftverschmutzung** – Richtlinie 1999/13/EG – **Begrenzung von Emissionen** flüchtiger organischer Verbindungen – **Verwendung organischer Lösungsmittel** bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen – Auf bestehende Anlagen anwendbare Verpflichtungen – Verlängerung der Übergangsfrist

#### [12.03.2015, Rs C-83/14, CHEZ Razpredelenie Bulgaria \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 2000/43/EG – **Grundsatz der Gleichbehandlung** ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – **Mittelbare Diskriminierung** – Pauschaler und kollektiver Charakter einer Maßnahme – Stigmatisierende Wirkung – Person, die nicht der diskriminierten ethnischen Gruppe angehört, aber mitdiskriminiert wird („discrimination par association“, „discrimination par ricochet“) – Stadtteile, die mehrheitlich von Angehörigen der **Bevölkerungsgruppe der Roma** bewohnt werden – **Anbringung von Stromzählern** in für Verbraucher nicht zugänglicher Höhe – Rechtfertigung – **Bekämpfung von Betrug** und Missbräuchen – Richtlinien 2006/32/EG und 2009/72/EG – Möglichkeit der Ablesung des individuellen Elektrizitätsverbrauchs durch den jeweiligen Endverbraucher

## C. Gericht

#### [09.03.2015, Rs T-377/13, ultra air / OHMI - Donaldson Filtration Deutschland](#)

Gemeinschaftsmarke – **Nichtigkeitsverfahren** – Gemeinschaftswortmarke ultraair ultrafilter – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 52 Abs 1 Buchst a der Verordnung Nr 207/2009

## V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

#### 10.03.2015, Beschwerde Nr. [14793/08](#), *Y. Y. / Türkei*

**Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionswidrige **Verweigerung** einer **geschlechtsangleichenden Operation** aufgrund der Tatsache, dass die **transsexuelle Bf nicht dauerhaft fortpflanzungsunfähig** war; derartige gesetzliche Bedingung, die Möglichkeit einer Operation um Jahre verzögert, stellt **unzulässigen** Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens der Bf dar

#### 10.03.2015, Beschwerde Nr. [14097/12](#) ua, *Varga ua / Ungarn*

**Verletzung** von **Art 3** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Art 13** (Recht auf wirksame Beschwerde) iVm **Art 3 EMRK**; **generelle Überbelegung** in ungarischen **Gefängnissen** führt zu erniedrigender Behandlung der Gefängnisinsassen; über 450 beim EGMR diesbezüglich derzeit anhängige Beschwerden rechtfertigen Einleitung eines **Piloturteilverfahrens**; ferner **fehlende** rechtliche **Beschwerdemöglichkeiten** aufgrund der Umstände in den Gefängnissen

#### 12.03.2015, Beschwerde Nr. [25790/11](#), *Almeida Leitão Bento Fernandes / Portugal*

**Keine Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); strafrechtliche **Verurteilung** der Bf Autorin, die in ihrem **Roman** reale Ereignisse aus dem Leben der **Verwandten** ihres Mannes verarbeitet hatte, wegen **Rufschädigung** nicht konventionswidrig; **weiter** staatlicher **Ermessensspielraum**, da es sich nicht um Personen des öffentlichen Lebens handelte

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## Impressum

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.